Blockupy 2014, Widerstand im Herzen der Krise

Wie in den vergangenen beiden Jahren wird es 2014 wieder bundesweiten und internationalen Widerstand im Zentrum des deutschen Finanzkapitals geben. Auf den vergangenen Blockupy-Konferenzen, an denen sich u.a. soziale Initiativen, Teile der Gewerkschaften, Linkspartei, Autonome, Attac und auch die Gruppe Arbeitermacht und REVOLUTION beteiligten, wurden zwei Mobilisierungen beschlossen. Vom 15. bis 25. Mai, um die Europawahlen, soll es eine Aktionswoche, und am 17.5. vier Demonstrationen in Deutschland geben: in Hamburg, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart. Im Herbst dann die zentralen Blockadeaktionen gegen die Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Das genaue Datum steht noch nicht fest.

Sowohl im Mai, als auch im Herbst werden, so wie in den vergangenen Jahren, verschiedene Aktionen und Veranstaltungen zur kapitalistischen Krise, zur Flüchtlingssituation, und gegen Rechte Kräfte stattfinden. In Frankfurt wird es abschließend eine große internationale Demonstration geben, welche die Positionen der Unterdrückten und Ausgebeuteten auf die Straße tragen soll. Themenübergreifend wird in der Aktionswoche das Ziel auf der Agenda stehen, das Bankenviertel bzw. die Frankfurter Innenstadt zu blockieren und lahmzulegen.

Blockupy ist eine Allianz, die von Teilen der Gewerkschaften über Attac und die Linkspartei bis ins autonome Spektrum reicht. Für uns ist es wichtig, dass in diesem Bündnis auch der revolutionäre Standpunkt vertreten ist! Deshalb laden wir alle Einzelpersonen, Organisationen und Bündnisse dazu ein, mit uns für eine revolutionäre Perspektive in Blockupy einzutreten.

Wir revolutionäre Jugendliche werden uns an den bundesweiten Mobilisierungen beteiligen und für die Rechte und Forderungen der Jugendlichen, Arbeiter*innen, Migrant*innen, Frauen und Flüchtlinge lautstark auf die Straße gehen.

Unsere Forderungen sind u.a.:

- Für die volle Mobilisierung der europäischen Arbeiterklasse und Jugend gegen die Angriffe der Kapitalisten! Zwingt die Führer von reformistischen Parteien und Gewerkschaften, durch den Kampf mit und um deren Basis, zu Aktionen zu mobilisieren!
- Ersatzlose Streichung aller Schulden von Ländern wie Griechenland, Spanien und Italien! Auflösung der Troika aus EU, IWF und EZB. ! Verstaatlichung und Vereinheitlichung der Banken unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse!
- Für einen Mindestlohn der von den Organisationen und Räten der Arbeiterklasse festgelegt wird! Unser Vorschlag sind 11 Euro/Stunde!
- Gegen jede Entlassung! Besetzung und Enteignung von Betrieben, die Massenentlassungen durchführen, unter Kontrolle der Beschäftigten und Benutzer_innen!
- Für die Kosten unserer Forderungen sollen die Verursacher der Krise bezahlen, die Konzerne und Banken! Für die massive Besteuerung von Profite und Reichtum!
- Gegen die Entrechtung der Jugend und der Arbeiterklasse, für das Recht auf Protest! Jeder Angriff muss mit dem Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen in Betrieb, Schule und Bezirk beantwortet werden!
- Kein Vertrauen in die Parlamente, organisiert die Gegenmacht!
- In Ländern wo es bereits besetze Betriebe und Infrastrukturunter Eigenkontrolle gibt, muss der Kampf in Rätestrukturen zentralisiert und verallgemeinert werden!
- Keine Beteiligung von Arbeiterparteien an bürgerlichen Koalitionen – für eine Arbeiterregierung in Griechenland!
- Um dem Kapital wirklichen Schaden zuzufügen brauchen wir einen

politischen europäischen Generalstreik! Kämpft in den Gewerkschaften für eine europaweite Vernetzung der Basis, sowie für unabhängige Streikkomitees, um dies vorzubereiten!

Ein Artikel von David Pfeifer, REVOLUTION

Lage der EU – Ein Kontinent in der Krise

ein Artikel von Tobi Hansen, Arbeitermacht, erschienen in der Neue Internationale 189, Mai 2014

Mit der Einführung des Euro und der „Agenda von Lissabon" trat die EU 2001 an, die USA als attraktivsten Investitionsstandort abzulösen. Der EU-Binnenmarkt mit seinen ca. 430 Millionen TeilnehmerInnen sollte die ökonomische Vormachtstellung der USA brechen, der Euro und die Verträge von Lissabon sollten das Gewicht der EU in der imperialistischen Welt stärken.

Vorangetrieben wurde und wird dieses Projekt v.a. vom deutschen und französischen Imperialismus. Diese stärksten Kapitalfraktionen innerhalb der EU profitieren am meisten vom Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung, deren Großkonzerne bestimmen die Marktbedingungen, verdrängen die Konkurrenz und bestimmen den Rahmen der EU-Politik.

Doch die EU wurde von der Krise 2008 heftig getroffen. Die daraus folgenden Probleme dauern bis heute an und haben die Stellung der EU in der Welt geschwächt. Heute gilt die EU als der „kranke Mann der Weltwirtschaft" oder es wird von der „japanischen Krankheit" gesprochen, was auf einen

längeren Zeitraum von Stagnation und Rezession verweist. Die EU konnte ihre Ziele von 2001 n bisher nicht umsetzen, die USA und China sind die attraktivsten Standorte für das Kapital und haben sich zudem auch schneller von der Krise erholt.

Die EU konnte selbst die schwachen Wachstumsraten der Industrieländer (1-1,5%) der letzten Jahre nicht erreichen und verlor den Anschluss an die USA. Außerdem sieht sie sich stärkerer Konkurrenz der „BRIC-Staaten“ (Brasilien, Russland, Indien, China) ausgesetzt.

Die Ursache dafür liegt v.a. darin, dass die tiefe Weltwirtschaftskrise seit 2008 dieökonomischen Widersprüche der EU verschärft und deutlich sichtbar gemacht hat. Die EU verfügt über staatliche Rahmenbedingungen, einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer einheitlichen Währung, aber nicht über ein EU-„Gesamtkapital“. Nach wie vor existieren divergierende nationale und Kapitalinteressen, die immer wieder offen aufbrechen. Die Krise sorgte für noch schärfere Konkurrenz und die Großkonzerne haben ihre Marktanteile ausgebaut, Konkurrenten aufgekauft und Millionen entlassen. All das wurde noch gestützt durch die Sparpakete der EU-Bürokratie und der Troika u.a. mit Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst und einem drastischen Abbau sozialer Leistungen.

Die einheitliche Euro-Währung für Länder mit sehr unterschiedlichem ökonomischen Niveau hat ihnen die Möglichkeit, entsprechend zu reagieren (z.B. mit Abwertung der eigenen Währung), genommen, und sie immer stärker hinter die stärkeren Nationen, besonders Deutschland, zurückfallen lassen.

So profitiert derzeit v.a. der deutsche Imperialismus, dessen Export und Produktionskapazitäten rasch wieder Vor-Krisenniveau erreicht haben. Im Jahr 2013 gelang sogar ein neuer Rekord bei der Handelsbilanz, der Überschuss stieg auf 198 Mrd. Euro gegenüber 195 Mrd. 2007. Das deutsche Kapital hat seine dominante Stellung in Europa – allerdings nicht global – ausbauen können.

Auswirkungen auf die Klasse

Krise und Spardiktate gehen weiter, so dass sich die soziale Lage der Arbeiterklasse in Europa weiter verschlechtert. Von 2000-2009 war in der EU noch ein durchschnittlicher Reallohnzuwachs vom 8,1 Prozent erreicht worden, dieser Trend hat sich inzwischen umgekehrt. Von 2010-12 gab es das nur noch in einem Drittel der EU-Staaten, aktuell sind Schweden mit 2,2% und Deutschland mit 1,8% hier Spitzenreiter. Die größten Einbußen haben die Beschäftigten in Griechenland (-20.3%), in Portugal (-10.2%), in Irland (-6.6%) und in Spanien (-6%) hinnehmen müssen. Selbst der EU-Kommissar für Soziales, Laszlo Andor, beschreibt die soziale Lage als „marode“ und stellte bei der Vorstellung des EU-Sozialberichts 2012 fest: „Nach einigen Jahren der Dauerkrise sind die meisten nationalen Sozialsysteme kaum noch in der Lage, die Einkünfte der Haushalte gegen die Folgen der Krise zu schützen“ (press releases, 8.1.13)

Dies liegt auch an der massiv gestiegenen Massenarbeitslosigkeit, speziell in Südeuropa, und anden Sparmaßnahmen im Sozialsystem, zu denen die Krisenländer per Troika und EU-Bürokratie gezwungen wurden. Gleichzeitig wurden in diesen Saaten auch die Massensteuern erhöht, speziell die Gebühren für den Öffentlichen Dienst, die Energieversorgung und den Gesundheitsbereich sind gestiegen.

In Griechenland findet in dieser Kategorie derzeit ein „sozialer Feldversuch“ statt: mit wie wenig Einkommen kann Kapitalismus „funktionieren“. So wurde dort der Mindestlohn von 751 auf 585 Euro gesenkt, das Arbeitslosengeld von 462 auf 322 Euro, zudem wurde dessen Bezugsdauer auf ein halbes Jahr befristet. Auch die Renten wurden um mindestens ein Fünftel gekürzt. In Griechenland gibt es eine wachsende Zahl von Haushalten, die über gar kein Einkommen mehr verfügen und von Strom, Wasser und Gasversorgung abgeschnitten sind – in Thessaloniki betraf das 2012 ca. 20% aller Haushalte. Während des Winters 2013/14 wurde Holz wieder bevorzugtes Heizmittel in vielen Städten Griechenlands.

2011 waren in der gesamten EU 120 Millionen Menschen – also etwa ein Viertel der Bevölkerung (!) – von Armut betroffen oder bedroht. Seit

Ausbruch der Krise steigt die Ziffer in Süd- und Osteuropa weiter an. Es gibt in der EU eine immer stärkere Spaltung der Einkommen und der sozialen Lage. In Südeuropa sind 25-30% von Armut betroffen, in Osteuropa liegen die Ziffern zwischen 30 und 50%, z.B. in Bulgarien (49%) oder Lettland (40%). Die EU hat bislang nur die Daten bis 2011 erfasst, das Jahr 2012 hat diese Tendenz eher noch verstärkt. Besonders betroffen ist die junge Generation, für die dann meistens weniger vom Haushaltseinkommen verwendet wird, hier liegen die Armutsraten insgesamt noch höher (EU 27%), eine Generation wächst in Armut auf.

Während bei den Beschäftigten, den RentnerInnen und der Jugend gespart wird, die alle ganz konkret die Kosten der Krise tragen müssen, steigt in Deutschland die Zahl der Einkommensmillionäre massiv an: zwischen 2007 und 2012 um 22,9% auf über eine Million. Das gleichzeitig auch in Deutschland das Armutsrisiko – auch mit Beschäftigung – wächst, zeigt, dass die Krise auch hier wütet, über 16 Millionen Menschen die arm und von Armut bedroht sind, zählt die EU in Deutschland.

Von der Armut in die Arbeitslosigkeit

Mit der tiefen ökonomischen Krise seit 2008 ging ein Sozialkahlschlag durch die EU, wie es dieser Kontinent davor Jahrzehntelang noch nicht erlebt hat. Im Vergleich zu 2008 stieg die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2013 in der gesamten EU um 66%, von 16,2 auf 27 Millionen. Eine noch höhere Steigerungsrate gab es in der Eurozone, hier stieg die Arbeitslosigkeit um 71%, von 11,4 auf 19,5 Millionen.

Wie jede kapitalistische Krise könnte auch diese im Rahmen des Systems nur durch Zerschlagung und Schließung von Produktionskapazitäten der in der Konkurrenz unterlegenen Kapitalfraktionen „gelöst“ werden. Fast unnötig zu erwähnen, in welchen Staaten die Arbeitslosigkeit quasi explodierte: in Griechenland und Spanien liegt die offizielle Arbeitslosenquote bei knapp 30%, auch die anderen süd- und osteuropäischen Staaten (Italien, Portugal, Kroatien, Bulgarien und die Slowakei) haben mit gestiegener und weiter steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Zum einen hat die Deindustrialisierung einen enormen Anteil an der Arbeitsplatzvernichtung, in

Spanien z.B. haben seit 2007 mehr als 200.000 Unternehmen geschlossen, v.a. kleinere und mittelständische Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten, sie stellten 97% aller Schließungen in Spanien (Quelle FAZ 11.9.12). Zum anderen haben die Sparangriffe auf den Öffentlichen Dienst in Südeuropa den anderen großen Arbeitssektor unterhöhlt, dort wird nur noch entlassen und eingespart – Neueinstellungen sind rar gesät.

Die Krise hat in Südeuropa eine ganze Generation aussortiert. Vor 2007, in den Boomjahren der „Globalisierung", wurde der nachwachsenden Generation eingebläut, dass sie mit entsprechender Qualifikation (meist Hochschulabschluss) keine Armut mehr zu fürchten hätte, jetzt stehen Millionen unter 25jährige auf der Straße: in Griechenland 58%, in Spanien 56%, in Portugal 37%, in Italien 40%, in Irland 28% und auch in Frankreich 26%. Stattdessen wirbt das deutsche Kapital wieder vermehrt Arbeitskräfte aus Südeuropa an, da können sich die heutigen ArbeitsmigrantInnen Tipps bei den Großeltern holen, die damals als „Gastarbeiter" schon Erfahrungen sammeln konnten. Ende 2012 arbeiteten schon ca. eine halbe Million jüngere SüdeuropäerInnen in Deutschland, speziell im Gesundheitsbereich werden gezielt Kräfte angeworben. Das deutsche Kapital ist auch hier Nutznießer der Krise, die Fachkräfte werden angeworben, ohne zuvor einen Cent in deren Ausbildung gesteckt zu haben. Gleichzeitig dienen die oft niedrigeren Löhne für die MigrantInnen als Druckmittel gegenüber den einheimischen Arbeitskräften.

Schuldenkrise

Die Schuldenkrise, die viele Staaten enorm belastet, ist eine direkte Folge der Finanzkrise von 2007/08. Die Verluste der
Finanzmärkte, der Banken und der Fonds wurden zum Teil direkt übernommen oder in staatliche „Bad Banks" überführt, oder vom ESM/ESFS (Rettungsschirm und -fond) teilfinanziert. Die Folge war ein erheblicher Zuwachs der Staatsverschuldung. In der EU stiegen die Staatsschulden so von 2007-12 um genau 50%, von 7,3 auf 11 Billionen Euro; in der Eurozone um 43%, von 5,9 auf 8,6 Billionen Euro, diese Schulden sind zugleich zu einem neuen Spekulationsobjekt auf den Börsen geworden und stellen ein enormes Druckmittel gegenüber den Staaten Süd- und Osteuropas dar, das

ihre Abhängigkeit von den führenden Mächten noch steigert.

Im Verlauf der Krise sind bis 2012 mindestens 1,6 Billionen Euro per Rettungsschirm u.a. Maßnahmen in Banken und Finanzmärkte geflossen. Aktuelle Staatsanleihen haben meist eine zeitliche Befristung von 5-6 Jahren, was bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten der EU jährlich 2 Billionen zur Refinanzierung dieser Kredite brauchen. Diese Ausgangslage brachte Berlusconi in Italien zu Fall und birgt weiterhin große fiskalische Risiken.

Natürlich stiegen mit den Schulden auch die jährlichen Zinszahlungen, die EU-Staaten insgesamt zahlten 2012 380 Mrd. Euro an Zinsen an die Großbanken und die Finanzindustrie. Das diese trotzdem weiter in der Krise ist, liegt an den anderen Dimensionen dieser Branche. Als der Rettungsschirm ESM 2012 in Höhe von 750 Mrd. Euro aufgespannt wurde, gab es eine Schätzung der EZB über die Schuldenmenge der Großbanken in der EU, diese Schätzung belief sich auf ca. 10 Billionen Euro, also vergleichbar mit der Schuldenmenge aller EU-Staaten.

Bei diesen Dimensionen übersteigt dann auch mal die Bilanzsumme der „nationalen“ Finanzindustrie das BIP des dazugehörigen Staates. Der IWF stellte dies 2011 z.B. für Großbritannien fest (8,6 Bill. Dollar Bilanzsumme gegenüber 2,3 Bill. BIP), für Frankreich (7,6 zu 2,6), für Deutschland (3,6 zu 3,3) und die Niederlande (1,7 zu 0,8).

Für die verschuldeten Staaten vervielfachten sich die Zinszahlungen während der Krise massiv, dies ging einher mit schlechteren Ratings der herrschenden Agenturen. Für die Eurozone stiegen die Zinsraten zwischen 2009-12 um 16%, in der der gesamten EU um 23% – für die „Krisenländer“ gibt es Zuwächse von 85% (Irland), von 68% (Spanien), 52% (Portugal) und 23% (Italien). Für diese u.a. Staaten werden die Höchststände aber noch kommen, schließlich wurden viele aktuelle Schuldpapiere 2008 zu relativ niedrigen Zinsen abgeschlossen, deren Refinanzierung steht erst noch an.

Die Krisenstaaten, einige Zeit „PIIGS-Staaten“ (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) genannt, stecken dadurch in einer Schuldenspirale fest. Wenn bei rezessiver volkswirtschaftlicher Entwicklung die Schulden

inklusive Zinszahlungen steigen, bleibt den öffentlichen Haushalten immer weniger Spielraum für Investitionen, gleichzeitig wird durch die Sparpakete ein Abbau des öffentlichen Sektors betrieben – aus rein kapitalistisch-volkswirtschaftlicher Sicht gibt es wenig Hoffnung auf einen Aufschwung bei dieser Ausgangslage.

Bei diesem europäischen Schuldenkreislauf bekommen die Schuldenstaaten neue Kredite, um die alten Kredite bei der Finanzindustrie der führenden Kapitalfraktionen zu bedienen, hier wirkt imperialistische Konkurrenz, welche durch die EU-Bürokratie und der EZB reguliert bzw. institutionalisiert wird.

Auswirkungen und Perspektive der Krise

Die EU ist in einer tiefen sozialen, politischen und ideologischen Krise. Die EU-Bürokratie hat gleichzeitig einen Machtzuwachs erlebt, sie bricht nicht nur nationales Recht in ökonomischen Fragen, diese Bürokratie „transformiert" jetzt auch Regierungen nach Gutdünken. Die Absetzung des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou durch die eigene Partei PASOK, die Einsetzung einer Übergangsregierung unter dem Ex-EZB-Vize Papademos inkl. der konservativen ND und der rechtspopulistischen LAOS, war ein parlamentarischer Putsch, dirigiert und unterstützt durch Brüssel, Berlin und Paris. In Italien wurde in ähnlicher Weise die Regierung Berlusconi abgelöst. In seiner Regierungspartei und der oppositionellen PD fanden sich genügend Kräfte, um die dortige Übergangsregierung unter Ex-EU-Kommissar Monti zu installieren – wie in Griechenland ohne vorherige Wahl.

Als Resultat der „Regierungsumbildung" setzen die Regierungen in Griechenland und Italien alle Spardiktate der EU strikt um. Diese tiefe politische und ideologische Krise – die Massen „erwarten" nichts mehr von der EU, ganz im Unterschied zum Anfang der „Europäischen Einigung".

Das drückt sich auch im Aufstieg von rechtspopulistischen und neofaschistischen Parteien aus. Neofaschisten wie „Jobbik" in Ungarn oder die „Goldene Morgenröte" in Griechenland konnten Wahlerfolge feiern und

verfügen über einen beträchtlichen Massenanhang. Rechtspopulistische Formationen wie die FN in Frankreich schicken sich an, das etablierte parlamentarische Parteiensystem zu verändern, ebenso die „Freiheitspartei“ in den Niederlanden, die „Wahren Finnen“ oder auch die ansteigenden Wahlergebnisse der FPÖ in Österreich. Dabei setzen die Rechten zum einen auf Hetze gegen die EU-Bürokratie, aber auch auf „klassische“ rechte Themen wie Nationalismus und Rassismus.

Im Zuge der Schuldenkrise wurde v.a. der Rassismus gegenüber Flüchtlingen, ArbeitsmigrantInnen oder Südeuropa im allgemeinen wieder salonfähig, viele Elemente dieser rechten Ideologien übernahmen auch die etablierten bürgerlichen Parteien. Große Teile des Kleinbürgertums in Europa stehen seit Ausbruch der Krise in einer verschärften Konkurrenz gegenüber dem Großkapital, viele Berufe des Kleinbürgertums wurden sozial abgewertet – das ist ein guter Nährboden für den Aufstieg rechter Parteien.

Am Scheideweg

Dabei profitieren die rechten Parteien von der offensichtlichen Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung und der radikalen Linken. Seit Ausbruch der Krise kam es in Europa gerade zu zwei europäisch koordinierten Aktionen der Gewerkschaften und der Linken: im September 2010 und am 14. November (14N) 2012. Ansonsten gleicht der „Widerstand“ der etablierten Organisationen ihrer sonstigen Politik – dieser ist auf den „Standort“ focussiert. In Griechenland gab es zwar dutzende Generalstreiks, auch in Spanien, Portugal und Italien fanden Massenaktionen der Arbeiterbewegung statt, aber diese blieben national isoliert und waren meist nur symbolische, begrenzte Aktionen und konnten somit gegen die europäisch koordinierten Angriffe des Kapitals keine Gegenmacht aufbauen.

In Spanien fand am 22.3. ein „Marsch der Würde“ gegen die Sparangriffe der Regierung Rajoy statt – aber mit mangelnder Unterstützung durch die Gewerkschaftsverbände (CCOO & UGT). Auch in Abgrenzung zu deren Politik gingen ca. 2 Millionen auf die Straße.

Die radikale Linke, wie auch die etablierten Organisationen der

Arbeiterbewegung sind am Scheideweg. Entweder wir kämpfen mit einer anti-kapitalistischen und sozialistischen Perspektive gegen dieses Europa des Kapitals oder wir wärmen den alten Traum der Sozialpartnerschaft wieder auf. Entweder es beliebt bei symbolischen und isolierten Aktionen und lauwarmen Resolutionen der offiziellen VertreterInnen der Massen oder aber es gelingt, eine Alternative dazu zu schaffen: europaweit koordinierte Widerstandsstrukturen, die gemeinsam mobilisieren und ein Aktionsprogramm erarbeiten, das eine klassenkämpferische, internationalistische Stoßrichtung hat.

In eine solche Dynamik kann und muss eine antikapitalistische Perspektive getragen werden, die auch zum Aufbau einer neuen revolutionären Linken in Europa führt, welche der kapitalistischen „Einigung" Europas, die in Wirklichkeit nur Elend, Hass und Spaltung für den Kontinent bedeutet, die Losung der „Vereinigten sozialistischen Staaten Europas" entgegen hält.

Soziale Lage der Jugend: Generation prekär

Für die Verabschiedung des Mindestlohns von 8,50 Euro brutto ließ sich die Große Koalition und v.a. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) feiern – nachdem das an sich schon beschämend schlechte Gesetz noch durch allerlei Ausnahmen für Arbeitslose und PraktikantInnen zugunsten des Kapitals „modifiziert" worden war.

Das öffentliche Interesse richtete sich auch auf jugendliche Beschäftigte, nicht zuletzt, nachdem ein CDU-Abgeordneter die Einführung des Mindestlohns für 18jährige ablehnte und ein höheres „Eintrittsalter" ab 20 befürwortete. Die Jugendlichen würden seiner Meinung nach keine Ausbildung beginnen wollen, wenn sie nach der Schule gleich „das schnelle Geld" per Mindestlohn machen könnten.

Das sagt zwar auch einiges über die Realitätsferne von CDU-Hinterbänklern aus, aber auch darüber, wie jugendliche Beschäftigte in Deutschland derzeit aufgestellt sind. Die Jugendarbeitslosigkeit lag zwar 2013 „nur“ bei 7,7%, wie diese „niedrige“ Quote zustande kommt, ist eine andere Frage. Laut einer DGB-Jugendstudie sind von den heute unter 35jährigen nur 30% in einem „Normalarbeitsverhältnis“, d.h. unbefristet angestellt und verdienen mindestens 2.300 Euro brutto. Das „Normalarbeitsverhältnis“ ist zwar nur noch eine historische Kategorie des relativ stabilen Nachkriegskapitalismus in Deutschland, allerdings sagt diese Einteilung auch einiges über die übrigen 70% aus.

Vor einigen Jahren wurde der Begriff „Generation Praktikum“ zum geflügelten Wort. Es beschrieb die Jobsuche junger StudienabsolventInnen, trifft aber auch für diejenigen zu, die einen Ausbildungsplatz suchen. Obwohl dies in der CDU wahrscheinlich nicht gern gehört wird, bekommt ein Drittel aller Jugendlichen in Deutschland keinen Ausbildungsplatz, da gar nicht genügend angeboten werden. Stattdessen werden diese Jugendlichen dann in schulische und außerbetriebliche Ausbildungsgänge gesteckt. Besonders jene, die vom Arbeitsamt angeboten werden, bieten meist keine Jobperspektive, mit einer Ausbildung der ARGE findet sich nur schlecht ein Job.

Wenn genügend Geld der Eltern da ist, kann auch eine private schulische Ausbildung angetreten werden, diese Möglichkeit ist aber abhängig vom Geldbeutel der Eltern, weder Berufsförderung noch Bafög übernehmen anfallende Gebühren, hier findet eine von vielen Selektionen im Ausbildungsmarkt statt.

Bei den betrieblichen/dualen Ausbildungen ist es inzwischen Normalität, dass Azubis erst ein Praktikum machen, umsonst einige Wochen oder Monate arbeiten müssen, um dem Unternehmen „zu gefallen“. Wozu diese Praxis führt, ist klar: die Jugendlichen nehmen jedes Praktikum an, machen alles, was ihnen gesagt wird (Überstunden, Wochenendarbeit etc.), in der Hoffnung, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

In den außerbetrieblichen Ausbildungen haben die Azubis erst gar keine Mitspracherechte, die „Interessenvertretung“ hat kaum mehr Rechte als eine Schülervertretung und kann schon gar nicht bei den Arbeitsbedingungen mitreden.

Haben die Azubis dann doch eine duale Ausbildung bekommen, können sie meistens davon nicht selbstständig leben. Ausnahmen sind oft die Ausbildungen bei Großkonzernen, da kann der Azubi schon mal 700 Euro im 1. Jahr verdienen und dies auf 1.000 im 3. Jahr steigern – aber das trifft nur auf einen kleineren Teil der Azubis zu. Andere verdienen während ihrer Ausbildung 300-500 Euro, was zum Leben nicht reicht und dazu führt, dass sie entweder bei den Eltern bleiben müssen oder noch einen Nebenjob annehmen.

Arbeitslosigkeit und Niedriglohn

Wenn die Ausbildung absolviert wurde, es keine Übernahme gibt oder nach der schulischen Ausbildung keine Stelle wartet, werden die jugendlichen Beschäftigten per Arbeitsamt in den Niedriglohnsektor „integriert“. Das Amt schickt die Arbeitslosen zur Zeitarbeitsfirma, diese leiht diese dann für gute Gebühren und wenig Lohn an die Unternehmen aus, wo sie als LohndrückerInnen und konjunkturelle Beschäftigte fungieren. Ihre Mitbestimmungsrechte sind ähnlich der in der schulischen Ausbildung. Für sie gibt es kaum eine reale Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, allein das Interesse daran kann schon ein Kündigungsgrund sein. So werden viele jugendliche Beschäftigte zwischen 20-30 Jahren arm gehalten und ihrer Arbeitsrechte beraubt – dies ist inzwischen ein „normaler“ Einstieg in ein Arbeitsverhältnis in Deutschland.

Für viele Beschäftigte im Niedriglohnbereich stellen die 8,50 Euro Mindestlohn tatsächlich eine Verbesserung dar, sind doch dort viele Löhne zwischen 4 und 6 Euro brutto zu finden. Daran, dass es sich immer noch um einen Armutslohn handelt, ändert das aber nichts und ebenso wenig an der Aussicht, später eine Armutsrente zu bekommen.

Für jugendliche Beschäftigten brauchen wir andere Forderungen, als sie

meistens bei den Gewerkschaften zu finden sind. Einzig die Kampagne „Operation Übernahme“ hat in den letzten Jahren ein drängendes Bedürfnis von Azubis aufgegriffen. In einigen Tarifabschlüssen wurde das Recht auf eine begrenzte und beschränkte Übernahme eingebaut – dies ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

• Verbot aller unbezahlten Praktika! Voller Tariflohn bei Arbeitsantritt!

• Alle Unternehmen müssen ausbilden, ansonsten muss eine Zwangsabgabe her!

• Übernahme aller Azubis, unabhängig vom Unternehmen oder Sektor!

• Voller Mindestlohn auch für Ausbildende!

• Weg mit den Sanktionen beim Arbeitsamt!

• Für einen Mindestlohn von 12 Euro netto!

• Verbot von Leiharbeit!

Ein Artikel von Tobi Hansen, Gastbeitrag der Gruppe Arbeitermacht: www.arbeitermacht.de

---

Ukraine: Verurteilt das

faschistische Pogrom in Odessa

Am 2. Mai 2014 überfielen faschistische Banden das Gewerkschaftshaus in Odessa und setzten es in Brand. Mindestens 37 Menschen starben.

Wir verurteilen das faschistische Pogrom, das regimetreue Banden des Rechten Sektor („Pravyi Sektor“) in Odessa begangen haben. Sie setzten das Haus der Gewerkschaften in Odessa in Brand und töteten mehrere Aktivist_innen. Die Nazibanden ermordeten jene, die aus dem Gebäude sprangen oder zu entkommen versuchten, traten sie auf der Straße zu Tode. Am Abend begingen sie weitere Gewalttaten gegen die Bevölkerung.

Wir verurteilen den faschistischen Terror uneingeschränkt. Er ist eine direkte Folge des Versuchs der unrechtmäßigen Kiewer Regierung ihre Autorität mit Gewalt im Osten und im Süden der Ukraine durchzusetzen. Wir verurteilen auch alle Versuche dieser Regierung der Oligarch_innen und Faschist_innen, die die faschistischen Milizen des Rechten Sektors in ihre „Streitkräfte“ integriert hat, ihre Herrschaft auf die Gebiete auszuweiten die sich zurecht gegen die illegitime Autorität zur Wehr setzen.

Wir stehen in uneingeschränkter Solidarität mit der Bevölkerung, die sich gegen die Offensive des Kiewer Regimes verteidigt und unterstützen ihre legitime Forderung nach Autonomie. Unser Mitgefühl geht an die Familie und die Freund_innen der Märtyrer_innen von Odessa, an die Genoss_innen der ukrainischen Organisation Borotba, die konsequent gegen die faschistischen Vorstöße in die südöstliche Ukraine Widerstand leistet, und an die Familie ihres Genossen Andrey Brazhevsky, der im Haus der Gewerkschaften starb.

Wir verurteilen die Regierungen und Politiker_innen der USA und der EU-Staaten die den Umsturz in der Ukraine unterstützt und mit den faschistischen Anführer_innen zusammengearbeitet haben.

Ebenfalls verurteilen wir die westlichen imperialistischen Medien die nicht aufhören den Widerstand zu verleumden und die Verbrechen der Kiewer Regierung vertuschen.

Wir rufen alle Arbeiter_innen-, sozialistischen, Anti-Kriegs- und antifaschistischen Bewegungen der Welt auf, das Pogrom von Odessa zu verurteilen, sich gegen die Offensive gegen den Osten und den Süden zu positionieren und Solidaritätsaktionen mit dem antifaschistischen Widerstand in der Ukraine zu organisieren!

Resolution der Liga für die Fünfte Internationale, die wir als REVOLUTION unterstützen

---

Revolutionärer Erster Mai: Zehntausende demonstrieren trotz Polizeiprovokationen vor der SPD-Zentrale!

Mit 25-30.000 TeilnehmerInnen – selbst die Polizei sprach offiziell von 19.000 – war die Berliner Revolutionäre Erste Mai-Demonstration die größte Demonstration am 1. Mai in Deutschland.

Allein das ist ein enormer politischer Erfolg, auf den alle organisierenden Gruppierungen zu Recht stolz sein können. Es ist zugleich ein vernichtendes Urteil für den DGB, der es in keiner einzigen Stadt schaffte, auch nur annähernd so viele Menschen zu mobilisieren. Die an politischer Harmlosigkeit kaum zu überbietenden Reden auf den offiziellen Mai-Kundgebungen stehen für eine langjährig eingeübte Mischung aus Langweile, Routine und höchstens peinlich wirkenden „peppigen“ Einlagen, die keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Zur DGB-Demo gehen viele aus traditionellem Pflichtbewusstsein. Oftmals sind nur noch die gewerkschaftlichen und betrieblichen FunktionsträgerInnen präsent – die Masse fehlt. Kein Wunder, denn irgendeinen Impuls, irgendeine Wirkung

selbst für gewerkschaftliche Kämpfe erwartet davon niemand.

Kontrastprogramm

Die revolutionären Erste-Mai-Demos liefern dazu ein Kontrastprogramm. Unabhängig von ihrer konkreten Form, den jeweils dominierenden Kräften vor Ort haben sie eines gemeinsam: Sie leben vom echten Hass auf die bestehenden Verhältnisse, von echter Ablehnung der Politik der Regierung, der tagtäglichen Zumutungen des Kapitalismus, von Imperialismus und Rassismus. Das ist das „Geheimnis" ihres Erfolgs und ihres Zustroms.

Die Berliner Revolutionäre Erste Mai-Demonstration ist dabei die Größte. Wie schon im letzten Jahr hatte sie auch 2014 einen ausgesprochen internationalistischen Charakter. Unter dem Motto „Gegen Krise, Krieg, Kapital. Widerstand, Aufstand, Revolution" reihten sich Zehntausende in vier Blöcken ein. Die Spitze bildete der „Internationalistische Block" mit griechischen GewerkschafterInnen, GenossInnen aus Spanien, der Türkei und Kurdistan.

An der Durchführung des Blocks waren die GenossInnen der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) aus Berlin und Potsdam (darunter Arbeitermacht, REVOLUTION, SYKP, RSB, ISL) u.a. (BO Gesundbrunnen der Linkspartei, Solid Fulda, Göttingen, Podemos-Berlin) sowie der „Antifaschistischen Revolutionären Linken Berlin" (ARAB) maßgeblich beteiligt. Außerdem unterstützten auch RIO und Red Brain den Block.

Auf den internationalistischen Block folgte der „Krisen-Block" (u.a. Blockupy, ALB, Avanti Berlin), gefolgt vom „Klassenkämpferischen Block" und vom „Jugendblock".

Inhalt

Die Auftaktkundgebung wurde – anders als in den vergangenen Jahren – recht zügig durchgeführt. Es gab knappe und pointierte Redebeiträge einer griechischen Gewerkschafterin, eines Vertreters von Blockupy-Berlin, von Jutta Ditfurt (Ökologische Linke) und Svenja Spunck (NaO-Berlin).

Während der Demonstration wurden zahlreiche Reden und Grußbotschaften vorgetragen, die noch einmal den klassenkämpferischen und internationalistischen Charakter der Demonstration hervorhoben.

Auf der Abschlusskundgebung vor der SPD-Zentrale wurde die reaktionäre Politik der SPD, ihre seit gut hundert Jahren ungebrochene Verteidigung des deutschen Imperialismus gegen jede revolutionäre Regung angeprangert und die Notwendigkeit einer organisierten revolutionären Alternative gegen jede Spielart des Reformismus betont.

Vor allem aber lebte die Demonstration von einer kämpferischen, entschlossenen Stimmung, die sich in Sprechchören Tausender vom Beginn bis zum Ende durchzog.

Kein Erster Mai ohne Bullenprovokation

Revolutionäre Erste Mai-Demonstrationen sind immer mit Krawallmachern der besonderen Art, den Einsatzkräften der Polizei, konfrontiert. In Hamburg wurde die Demonstration schon nach wenigen hundert Metern angegriffen und vorzeitig aufgelöst.

In Berlin – und das war ein politischer Erfolg – kam die Demonstration bis ans Ziel. Doch spätestens schon während der Demonstration kam es zu Provokationen gegen einzelne Blöcken der Demonstration, v.a. gegen den Internationalistischen Block an der Spitze. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurde nicht nur ein Spalier von Behelmten an beiden Seiten des Blocks gebildet. In der Gneisenaustraße und v.a. in der Zossener Straße, also gegen Ende des Marsches, kam es immer wider zu Provokationen der Polizei, die versuchte, in den Block einzudringen.

Es gelang allerdings, mit gut organisierte Ketten und solidarisches Zusammenstehen der GenossInnen im Block, diese Provokationen abzuwehren, die zweifellos testen sollten, ob es gelingt, die Spitze aufzulösen.

Dass die Demonstration bis zum Ende durchgeführt werden konnte, lag – ganz im Gegensatz zu den von Innensenator Henkel (CDU) verbreiteten

Mythen – nicht daran, dass die Bullen so „umsichtig“ gehandelt hätten, sondern an der vergleichsweise guten Organisation und Entschlossenheit des ersten Blocks.

Dass Innensenator Henkel am Tag danach sich über Angriffe auf die Polizeibeamten beschwerte, ist ein Hohn und eine bewusste Täuschung. Mehrfach griffen die „Spalierbullen“ die Seitentransparente an und prügelten wahllos auf die Demonstrierenden ein.

Wie die Beobachtergruppe des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ in einer Presseerklärung richtig herausarbeitet, kamen in Berlin nicht nur am Ersten Mai, sondern auch der erfolgreichen Blockade der Nazi-Demo am 26. April und bei der anti-kapitalistischen Walpurgisnacht am 30. April gezielt provokative Polizeitaktiken zum Einsatz, die jene „Gefahrensituationen“ herbeiführen sollen, die dann ein Eingreifen angeblich notwendig machen. Dazu gehört auch der Einsatz von Zivilpolizisten während der Demos oder – wie am Halleschen Tor -, um eine gezielte Festnahme vermeintlicher StraftäterInnen während der Demos zu ermöglichen. Zusammenstöße mit DemonstrantInnen werden so billigend in Kauf genommen – ebenso wie deren Gefährdung Einsatz von Pfefferspay auf überfüllten U-Bahn-Haltestellen wie am Halleschen Tor nach Ende der Demonstration.

Eine andere Taktik besteht in der „Durchmischung“ der Demonstration, indem behelmte Einheiten durch diese laufen, um TeilnehmerInnen zu zerstreuen und einzuschüchtern. Und schließlich gehört auch das altbekannte Spalier zum erprobten Arsenal angeblicher „Deeskalation“ durch die Polizei.

So blieb auch der Revolutionäre Erste Mai 2014 nicht ohne verletzte DemonstantInnen und Festnahmen. Wir fordern deren sofortige Freilassung und die Niederschlagung aller Verfahren und Vorwürfe!

Bilanz

Der Berliner Revolutionäre Erste Mai hat aber auch zeigt, welche Antwort wir auf diese Provokationen geben müssen: eine gut organisierte, solidarische Demonstration mit vorbereiteten Blöcken und Strukturen. Kein

Mensch kann behaupten, dass dabei alles perfekt war. Aber wir haben es geschafft, die Auflösung einer Demonstration oder die Zerstreuung der Spitze zu verhindern. Wir haben es geschafft, die Demonstration durchzusetzen.

Aus den Fehlern gilt es zu lernen, v.a. aber gilt es, eine erfolgreiche Demonstrationskultur, erfolgreiches koordiniertes Handeln weiter zu entwickeln und zu verallgemeinern.

Noch wichtiger ist es jedoch, dass wir den politischen Charakter der Demonstration weiter stärken. Die Revolutionäre Erste Mai-Demonstration hat eine politische Zukunft, wenn und weil sie die vielfältigen Fragen des Klassenkampfes thematisiert – seien es Lohnkämpfe, Kämpfe gegen Mietwucher, Rassismus und Abschiebung, Sexismus, den Kampf gegen die Troika-Politik in Südeuropa oder gegen die imperialistische Aggression gegen die Ukraine.

Sie hat eine politische Zukunft, wenn sie mehr als bisher den aktuellen Angriffen des Kapitals und der Regierung nicht nur ein „Endziel", die klassenlose Gesellschaft, abstrakt entgegenhält, sondern mit Schlüsselforderungen zu den brennendsten politischen Fragen mobilisiert. So würde es auch sehr viel leichter, gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige, klassenkämpferische ArbeiterInnen nicht nur für die Demonstration, sondern v.a. für einen über den Ersten Mai hinausgehenden gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

Schließlich zeigt die Demonstration am Ersten Mai auch, dass es ein Potential von Tausenden, wenn nicht Zehntausenden gibt, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, von denen viele auch nach einer anti-kapitalistischen, revolutionären Organisation suchen – mögen ihre Vorstellungen davon auch oft unklar sein. Ohne eine solche Organisierung jedoch, ohne den Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiterpartei wird auch die beste Demonstration nur ein einmaliger symbolischer Akt bleiben. Deshalb ist eine zentrale Schlussfolgerung für uns, den Aufbau der „Neuen antikapitalistischen Organisation" voranzubringen und AntikapitalistInnen, KlassenkämpferInnen, RevolutionärInnen auf der Grundlage gemeinsamer

Aktion und politisch-programmatischer Klärung zu sammeln, um sie zu einer starken revolutionären Kraft zu entwickeln.

Ein Artikel von Martin Suchanek, Gastbeitrag von Arbeitermacht

---

Revolutionärer Erster Mai: Zehntausende demonstrieren trotz Polizeiprovokationen vor der SPD-Zentrale!

Mit 25-30.000 TeilnehmerInnen – selbst die Polizei sprach offiziell von 19.000 – war die Berliner Revolutionäre Erste Mai-Demonstration die größte Demonstration am 1. Mai in Deutschland.

Allein das ist ein enormer politischer Erfolg, auf den alle organisierenden Gruppierungen zu Recht stolz sein können. Es ist zugleich ein vernichtendes Urteil für den DGB, der es in keiner einzigen Stadt schaffte, auch nur annähernd so viele Menschen zu mobilisieren. Die an politischer Harmlosigkeit kaum zu überbietenden Reden auf den offiziellen Mai-Kundgebungen stehen für eine langjährig eingeübte Mischung aus Langweile, Routine und höchstens peinlich wirkenden „peppigen“ Einlagen, die keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Zur DGB-Demo gehen viele aus traditionellem Pflichtbewusstsein. Oftmals sind nur noch die gewerkschaftlichen und betrieblichen FunktionsträgerInnen präsent – die Masse fehlt. Kein Wunder, denn irgendeinen Impuls, irgendeine Wirkung selbst für gewerkschaftliche Kämpfe erwartet davon niemand.

Kontrastprogramm

Die revolutionären Erste-Mai-Demos liefern dazu ein Kontrastprogramm. Unabhängig von ihrer konkreten Form, den jeweils dominierenden Kräften vor Ort haben sie eines gemeinsam: Sie leben vom echten Hass auf die bestehenden Verhältnisse, von echter Ablehnung der Politik der Regierung, der tagtäglichen Zumutungen des Kapitalismus, von Imperialismus und Rassismus. Das ist das „Geheimnis“ ihres Erfolgs und ihres Zustroms.

Die Berliner Revolutionäre Erste Mai-Demonstration ist dabei die Größte. Wie schon im letzten Jahr hatte sie auch 2014 einen ausgesprochen internationalistischen Charakter. Unter dem Motto „Gegen Krise, Krieg, Kapital. Widerstand, Aufstand, Revolution“ reihten sich Zehntausende in vier Blöcken ein. Die Spitze bildete der „Internationalistische Block“ mit griechischen GewerkschafterInnen, GenossInnen aus Spanien, der Türkei und Kurdistan.

An der Durchführung des Blocks waren die GenossInnen der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) aus Berlin und Potsdam (darunter Arbeitermacht, REVOLUTION, SYKP, RSB, ISL) u.a. (BO Gesundbrunnen der Linkspartei, Solid Fulda, Göttingen, Podemos-Berlin) sowie der „Antifaschistischen Revolutionären Linken Berlin“ (ARAB) maßgeblich beteiligt. Außerdem unterstützten auch RIO und Red Brain den Block.

Auf den internationalistischen Block folgte der „Krisen-Block“ (u.a. Blockupy, ALB, Avanti Berlin), gefolgt vom „Klassenkämpferischen Block“ und vom „Jugendblock“.

Inhalt

Die Auftaktkundgebung wurde – anders als in den vergangenen Jahren – recht zügig durchgeführt. Es gab knappe und pointierte Redebeiträge einer griechischen Gewerkschafterin, eines Vertreters von Blockupy-Berlin, von Jutta Ditfurt (Ökologische Linke) und Svenja Spunck (NaO-Berlin).

Während der Demonstration wurden zahlreiche Reden und Grußbotschaften vorgetragen, die noch einmal den klassenkämpferischen und internationalistischen Charakter der Demonstration hervorhoben.

Auf der Abschlusskundgebung vor der SPD-Zentrale wurde die reaktionäre Politik der SPD, ihre seit gut hundert Jahren ungebrochene Verteidigung des deutschen Imperialismus gegen jede revolutionäre Regung angeprangert und die Notwendigkeit einer organisierten revolutionären Alternative gegen jede Spielart des Reformismus betont.

Vor allem aber lebte die Demonstration von einer kämpferischen, entschlossenen Stimmung, die sich in Sprechchören Tausender vom Beginn bis zum Ende durchzog.

Kein Erster Mai ohne Bullenprovokation

Revolutionäre Erste Mai-Demonstrationen sind immer mit Krawallmachern der besonderen Art, den Einsatzkräften der Polizei, konfrontiert. In Hamburg wurde die Demonstration schon nach wenigen hundert Metern angegriffen und vorzeitig aufgelöst.

In Berlin – und das war ein politischer Erfolg – kam die Demonstration bis ans Ziel. Doch spätestens schon während der Demonstration kam es zu Provokationen gegen einzelne Blöcken der Demonstration, v.a. gegen den Internationalistischen Block an der Spitze. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurde nicht nur ein Spalier von Behelmten an beiden Seiten des Blocks gebildet. In der Gneisenaustraße und v.a. in der Zossener Straße, also gegen Ende des Marsches, kam es immer wider zu Provokationen der Polizei, die versuchte, in den Block einzudringen.

Es gelang allerdings, mit gut organisierte Ketten und solidarisches Zusammenstehen der GenossInnen im Block, diese Provokationen abzuwehren, die zweifellos testen sollten, ob es gelingt, die Spitze aufzulösen.

Dass die Demonstration bis zum Ende durchgeführt werden konnte, lag – ganz im Gegensatz zu den von Innensenator Henkel (CDU) verbreiteten Mythen – nicht daran, dass die Bullen so „umsichtig“ gehandelt hätten, sondern an der vergleichsweise guten Organisation und Entschlossenheit des ersten Blocks.

Dass Innensenator Henkel am Tag danach sich über Angriffe auf die Polizeibeamten beschwerte, ist ein Hohn und eine bewusste Täuschung. Mehrfach griffen die „Spalierbullen“ die Seitentransparente an und prügelten wahllos auf die Demonstrierenden ein.

Wie die Beobachtergruppe des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ in einer Presseerklärung richtig herausarbeitet, kamen in Berlin nicht nur am Ersten Mai, sondern auch der erfolgreichen Blockade der Nazi-Demo am 26. April und bei der anti-kapitalistischen Walpurgisnacht am 30. April gezielt provokative Polizeitaktiken zum Einsatz, die jene „Gefahrensituationen“ herbeiführen sollen, die dann ein Eingreifen angeblich notwendig machen. Dazu gehört auch der Einsatz von Zivilpolizisten während der Demos oder – wie am Halleschen Tor -, um eine gezielte Festnahme vermeintlicher StraftäterInnen während der Demos zu ermöglichen. Zusammenstöße mit DemonstrantInnen werden so billigend in Kauf genommen – ebenso wie deren Gefährdung Einsatz von Pfefferspay auf überfüllten U-Bahn-Haltestellen wie am Halleschen Tor nach Ende der Demonstration.

Eine andere Taktik besteht in der „Durchmischung“ der Demonstration, indem behelmte Einheiten durch diese laufen, um TeilnehmerInnen zu zerstreuen und einzuschüchtern. Und schließlich gehört auch das altbekannte Spalier zum erprobten Arsenal angeblicher „Deeskalation“ durch die Polizei.

So blieb auch der Revolutionäre Erste Mai 2014 nicht ohne verletzte DemonstantInnen und Festnahmen. Wir fordern deren sofortige Freilassung und die Niederschlagung aller Verfahren und Vorwürfe!

Bilanz

Der Berliner Revolutionäre Erste Mai hat aber auch zeigt, welche Antwort wir auf diese Provokationen geben müssen: eine gut organisierte, solidarische Demonstration mit vorbereiteten Blöcken und Strukturen. Kein Mensch kann behaupten, dass dabei alles perfekt war. Aber wir haben es geschafft, die Auflösung einer Demonstration oder die Zerstreuung der Spitze zu verhindern. Wir haben es geschafft, die Demonstration

durchzusetzen.

Aus den Fehlern gilt es zu lernen, v.a. aber gilt es, eine erfolgreiche Demonstrationskultur, erfolgreiches koordiniertes Handeln weiter zu entwickeln und zu verallgemeinern.

Noch wichtiger ist es jedoch, dass wir den politischen Charakter der Demonstration weiter stärken. Die Revolutionäre Erste Mai-Demonstration hat eine politische Zukunft, wenn und weil sie die vielfältigen Fragen des Klassenkampfes thematisiert – seien es Lohnkämpfe, Kämpfe gegen Mietwucher, Rassismus und Abschiebung, Sexismus, den Kampf gegen die Troika-Politik in Südeuropa oder gegen die imperialistische Aggression gegen die Ukraine.

Sie hat eine politische Zukunft, wenn sie mehr als bisher den aktuellen Angriffen des Kapitals und der Regierung nicht nur ein „Endziel", die klassenlose Gesellschaft, abstrakt entgegenhält, sondern mit Schlüsselforderungen zu den brennendsten politischen Fragen mobilisiert. So würde es auch sehr viel leichter, gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige, klassenkämpferische ArbeiterInnen nicht nur für die Demonstration, sondern v.a. für einen über den Ersten Mai hinausgehenden gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

Schließlich zeigt die Demonstration am Ersten Mai auch, dass es ein Potential von Tausenden, wenn nicht Zehntausenden gibt, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, von denen viele auch nach einer anti-kapitalistischen, revolutionären Organisation suchen – mögen ihre Vorstellungen davon auch oft unklar sein. Ohne eine solche Organisierung jedoch, ohne den Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiterpartei wird auch die beste Demonstration nur ein einmaliger symbolischer Akt bleiben. Deshalb ist eine zentrale Schlussfolgerung für uns, den Aufbau der „Neuen antikapitalistischen Organisation" voranzubringen und AntikapitalistInnen, KlassenkämpferInnen, RevolutionärInnen auf der Grundlage gemeinsamer Aktion und politisch-programmatischer Klärung zu sammeln, um sie zu einer starken revolutionären Kraft zu entwickeln.

Ein Artikel von Martin Suchanek, Gastbeitrag von Arbeitermacht

---

NAO-Aufruf, Erster Mai: "Für ein sozialistisches Europa, antikapitalistisch organisieren!"

Millionen Menschen haben in Spanien am 22.März ihren Widerstand gegen Sparangriffe und die Krise auf die Straße gebracht. ln Bosnien kämpft eine Massenbewegung für die Rechte der Lohnabhängigen, gegen Privatisierungen, nationale Spaltung und EU-Kontrolle des Landes. In der Türkei stellt sich eine Massenbewegung gegen die diktatorischen Maßnahmen der AKP-Regierung Erdogans. Es gibt Widerstand, es gibt Aufstand. Und in diesem Sinne sollte die klassenkämpferische, revolutionäre Tradition des 1. Mai wieder zu Leben erweckt werden.

Klassenkampf von oben

In Ländern wie Griechenland oder Spanien werden die Rechte der Bevölkerung auf demokratische Selbstbestimmung autoritär mit Füßen getreten. Die Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und VertreterlnnenderEU-Kommission nutzt die Krise zum Angriff auf Löhne und soziale Rechte der Lohnabhängigen. In der Ukraine unterstützten die Bundesrepublik und die EU einen Regimewechsel, um die eigene Einflusssphäre in Mittelosteuropa zu erweitern. Eine Clique der herrschenden Oligarchie wurde durch eine andere ausgetauscht, die sich u. a. auf die faschistische Swoboda-Partei und den neonazistischen Rechten Sektor stützt. Die Krim-Krise ist nur eineder Folgen dieser Politik. Dieser Imperialismus trägt Sozialabbau und Krieg in sich, wie die Wolke den Regen!

Auch in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit nicht verschwunden, im Gegenteil. Rund 5,5 Millionen Menschen hängen von Arbeitslosengeld I und II ab. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. PrekäreArbeitsverhältnisse – Leiharbeit, Minijobs, Befristungen und Niedriglohnjobs – gehören längst zu Normalität für viele von uns, nicht zuletzt für Jugendliche und junge Beschäftigte. Arbeitsverdichtung und Leistungssteigerung, die die Ausbeutung unserer Arbeitskratt steigern, kennt fast jede und jeder. Diese Prekarisierung ist nichts anderes als ein Angriff der KapitalistInnen und ihrer Regierungen auf unsere Lebenschancen und Rechte. Diesen Klassenkampf von oben wollen wir mit Solidarität und gemeinsamen Kämpfen beantworten!

Die Krise und Spardiktate haben ihre sozialen und politischen Auswirkungen mitgebracht: verstärkte Standortkonkurrenz, Verarmung breiter Teile der Lohnabhängigen, rassistische Abschottung der EU und Aufstieg der nationalen Rechte sind eindeutige Hinweise für eine radikale Linke. Die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Weltsystems führt unvermeidlich zu noch härteren, historischen Angriffen auf die Lohnabhängigen und Unterdrückten und zu einem Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den alten und neu entstehenden imperialistischen Mächten.

Die etablierten Organisationen der ArbeiterInnenbewegung haben wenig bis nichts zur Gegenwehr in den letzten Jahren beigetragen. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten die Angriffe mitgemacht, ja angeführt. Die Gewerkschaftsführungen haben sie oft mitgetragen und ,,mitgestaltet". Die parlamentarische Linke verspricht Verbesserungen nur bei Wahlkämpfen – die letzte gemeinsame europäische Aktion war der 14 N im Jahr 2012. Die Linkspartei(en) versprechen einen ,,sozialeren" Kapitalismus, in Deutschland preist sie sich nun auch auf Bundesebene als besseren Verwalter der kapitalistischen Krise an, nachdem sie auf regionaler Ebene der SPD und Grünen schon wiederholt als Handlanger zur Durchsetzung ihrer Sparpolitik verholfen hat.

Aber auch die radikale, revolutionär gesinnte Linke in Europa hat bisher angesichts einer historischen Krise des kapitalistischen Systems wenig Überzeugendes geleistet, sie konnte keinen gemeinsamen Widerstand aufbauen. Dabei müsste sie sich wie die verschiedenen

Neuformierungsprojekte anti-kapitalistischen Linken in Europa an zwei Punkten als Alternative zum Reformismus erweisen:

Erstens indem sie die Koordinierung der Widerstandes auf europäischer und globaler Ebene voranbringt. Zweitens indem sie eine klare politische Alternative zum Europa des Kapitals formuliert und vertritt – ein Europa der Solidarität und des gemeinsam Klassenkampfes, ein Europa von unten in Richtung einer sozialistischen Perspektive. Die EU ist ein Europa des Kapitals. Sie kann nicht reformiert werden, sondern muss bekämpft und nicht schön geredet werden. Gegen dieses Europa des Kapitals stehen wir für ein sozialistisches Europa, einer Oper und eine Welt, wo gemäß der Bedürfnisse der Menschen und nicht für die Profitmaximierung produziert wird.

Ein solches Europa von unten, wird uns nicht geschenkt – es kann nur erreicht werden, indem wir unsere aktuellen Kämpfe mit der Perspektive für eine sozialistische Revolution verbinden. Doch dazu braucht es auch Organisierung, die Schaffung einer neuen, wirksamen antikapitalistischen und revolutionären Organisation.

Es ist immer unmöglich, bis es jemand macht!

Dieser 1.Mai Aufruf kommt von einer neuen Organisation – der neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) Berlin. Gemeinsam haben verschiedene Gruppen ein programmatisches Manifest veröffentlicht (http://nao-prozess.de/manifest-fuer-eine-neue-antikapitalistische-organisation/), das wir zur Diskussion stellen. Wir sehen es als Notwendigkeit zu gemeinsamen Aktionen, aber auch zu einer gemein-samen Organisation kommen, die Krise, Kapital und Staat etwas entgegen setzen kann.

Deswegen haben wir jetzt in Berlin, Potsdam, Stuttgart, Kassel, Bremen, Köln, Aachen u. a Städten erste Treffen und Diskussionen veranstaltet, um die NaO bundesweit aufzubauen.

Was wir wollen:

- Wir wollen eine internationalistische Arbeit gegen Krise und

Sparpakete führen. Dazu gehört die Unterstützung, ukrainischer Antifaschistlnnen genauso, wie die Unterstützung der Abwehrkräfte in Griechenland oder Spanien. Dazu wollen wir Aufklärung und Information verbreiten und wollen praktisch Solidarität organisieren!

- Wir treten in den Gewerkschaften für eine antikapitalistische Politik und den Aufbau einer Basisopposition gegen die Bürokratie ein! Dazu gehört die Unterstützung der Initiative „Hände weg vom Streikrecht" ‘ der Gewerkschaftslinken wie auch ein aktives Einmischen in vorhandener Arbeitskämpfe und die Unterstützung der Refugees-Proteste
- Wir wollen eine antikapitalistische Organisation etablieren die in den sozialen Kämpfen präsent ist, eine Alternative zu der bestehenden Linken darstellt und die Zersplitterung überwindet. Wir brauchen eine handlungsfähige radikale Linke in der BRD und in Europa, um europäischen Widerstand gegen Krise und Sparpakete aufzubauen!

Beteiligt euch als klassenkämpferische Oppositionelle an den DGB-Demonstrationen und macht eure Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie und für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik deutlich.

Beteiligt euch an den Blöcken der revolutionären Maidemonstrationen, kommt in Berlin ab 18 Uhr zum Lausitzer Platz in den internationalistischen Block zusammen mit der „Neuen antikapitalistischen Organisation"

NAO-Aufruf, Erster Mai: "Für ein sozialistisches Europa,

antikapitalistisch organisieren!"

Millionen Menschen haben in Spanien am 22.März ihren Widerstand gegen Sparangriffe und die Krise auf die Straße gebracht. ln Bosnien kämpft eine Massenbewegung für die Rechte der Lohnabhängigen, gegen Privatisierungen, nationale Spaltung und EU-Kontrolle des Landes. In der Türkei stellt sich eine Massenbewegung gegen die diktatorischen Maßnahmen der AKP-Regierung Erdogans. Es gibt Widerstand, es gibt Aufstand. Und in diesem Sinne sollte die klassenkämpferische, revolutionäre Tradition des 1. Mai wieder zu Leben erweckt werden.

Klassenkampf von oben

In Ländern wie Griechenland oder Spanien werden die Rechte der Bevölkerung auf demokratische Selbstbestimmung autoritär mit Füßen getreten. Die Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und VertreterlnnenderEU-Kommission nutzt die Krise zum Angriff auf Löhne und soziale Rechte der Lohnabhängigen. In der Ukraine unterstützten die Bundesrepublik und die EU einen Regimewechsel, um die eigene Einflusssphäre in Mittelosteuropa zu erweitern. Eine Clique der herrschenden Oligarchie wurde durch eine andere ausgetauscht, die sich u. a. auf die faschistische Swoboda-Partei und den neonazistischen Rechten Sektor stützt. Die Krim-Krise ist nur eineder Folgen dieser Politik. Dieser Imperialismus trägt Sozialabbau und Krieg in sich, wie die Wolke den Regen!

Auch in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit nicht verschwunden, im Gegenteil. Rund 5,5 Millionen Menschen hängen von Arbeitslosengeld I und II ab. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. PrekäreArbeitsverhältnisse – Leiharbeit, Minijobs, Befristungen und Niedriglohnjobs – gehören längst zu Normalität für viele von uns, nicht zuletzt für Jugendliche und junge Beschäftigte. Arbeitsverdichtung und Leistungssteigerung, die die Ausbeutung unserer Arbeitskratt steigern, kennt fast jede und jeder. Diese Prekarisierung ist nichts anderes als ein Angriff der Kapitalistlnnen und ihrer Regierungen auf unsere Lebenschancen und Rechte. Diesen Klassenkampf von oben wollen wir mit Solidarität und gemeinsamen Kämpfen beantworten!

Die Krise und Spardiktate haben ihre sozialen und politischen Auswirkungen mitgebracht: verstärkte Standortkonkurrenz, Verarmung breiter Teile der Lohnabhängigen, rassistische Abschottung der EU und Aufstieg der nationalen Rechte sind eindeutige Hinweise für eine radikale Linke. Die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Weltsystems führt unvermeidlich zu noch härteren, historischen Angriffen auf die Lohnabhängigen und Unterdrückten und zu einem Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den alten und neu entstehenden imperialistischen Mächten.

Die etablierten Organisationen der ArbeiterInnenbewegung haben wenig bis nichts zur Gegenwehr in den letzten Jahren beigetragen. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten die Angriffe mitgemacht, ja angeführt. Die Gewerkschaftsführungen haben sie oft mitgetragen und ,,mitgestaltet". Die parlamentarische Linke verspricht Verbesserungen nur bei Wahlkämpfen – die letzte gemeinsame europäische Aktion war der 14 N im Jahr 2012. Die Linkspartei(en) versprechen einen ,,sozialeren" Kapitalismus, in Deutschland preist sie sich nun auch auf Bundesebene als besseren Verwalter der kapitalistischen Krise an, nachdem sie auf regionaler Ebene der SPD und Grünen schon wiederholt als Handlanger zur Durchsetzung ihrer Sparpolitik verholfen hat.

Aber auch die radikale, revolutionär gesinnte Linke in Europa hat bisher angesichts einer historischen Krise des kapitalistischen Systems wenig Überzeugendes geleistet, sie konnte keinen gemeinsamen Widerstand aufbauen. Dabei müsste sie sich wie die verschiedenen Neuformierungsprojekte anti-kapitalistischen Linken in Europa an zwei Punkten als Alternative zum Reformismus erweisen:

Erstens indem sie die Koordinierung der Widerstandes auf europäischer und globaler Ebene voranbringt. Zweitens indem sie eine klare politische Alternative zum Europa des Kapitals formuliert und vertritt – ein Europa der Solidarität und des gemeinsam Klassenkampfes, ein Europa von unten in Richtung einer sozialistischen Perspektive. Die EU ist ein Europa des Kapitals. Sie kann nicht reformiert werden, sondern muss bekämpft und nicht schön geredet werden. Gegen dieses Europa des Kapitals stehen wir für ein sozialistisches Europa, einer Oper und eine Welt, wo gemäß der

Bedürfnisse der Menschen und nicht für die Profitmaximierung produziert wird.

Ein solches Europa von unten, wird uns nicht geschenkt – es kann nur erreicht werden, indem wir unsere aktuellen Kämpfe mit der Perspektive für eine sozialistische Revolution verbinden. Doch dazu braucht es auch Organisierung, die Schaffung einer neuen, wirksamen antikapitalistischen und revolutionären Organisation.

Es ist immer unmöglich, bis es jemand macht!

Dieser 1.Mai Aufruf kommt von einer neuen Organisation – der neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) Berlin. Gemeinsam haben verschiedene Gruppen ein programmatisches Manifest veröffentlicht (http://nao-prozess.de/manifest-fuer-eine-neue-antikapitalistische-organisation/), das wir zur Diskussion stellen. Wir sehen es als Notwendigkeit zu gemeinsamen Aktionen, aber auch zu einer gemein-samen Organisation kommen, die Krise, Kapital und Staat etwas entgegen setzen kann.

Deswegen haben wir jetzt in Berlin, Potsdam, Stuttgart, Kassel, Bremen, Köln, Aachen u. a Städten erste Treffen und Diskussionen veranstaltet, um die NaO bundesweit aufzubauen.

Was wir wollen:

- Wir wollen eine internationalistische Arbeit gegen Krise und Sparpakete führen. Dazu gehört die Unterstützung, ukrainischer Antifaschistlnnen genauso, wie die Unterstützung der Abwehrkräfte in Griechenland oder Spanien. Dazu wollen wir Aufklärung und Information verbreiten und wollen praktisch Solidarität organisieren!
- Wir treten in den Gewerkschaften für eine antikapitalistische Politik und den Aufbau einer Basisopposition gegen die Bürokratie ein! Dazu gehört die Unterstützung der Initiative „Hände weg vom Streikrecht" ‘ der Gewerkschaftslinken wie auch ein aktives Einmischen in vorhandener Arbeitskämpfe und die Unterstützung der Refugees-Proteste
- Wir wollen eine antikapitalistische Organisation etablieren die in den

> sozialen Kämpfen präsent ist, eine Alternative zu der bestehenden Linken darstellt und die Zersplitterung überwindet. Wir brauchen eine handlungsfähige radikale Linke in der BRD und in Europa, um europäischen Widerstand gegen Krise und Sparpakete aufzubauen!

Beteiligt euch als klassenkämpferische Oppositionelle an den DGB-Demonstrationen und macht eure Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie und für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik deutlich.

Beteiligt euch an den Blöcken der revolutionären Maidemonstrationen, kommt in Berlin ab 18 Uhr zum Lausitzer Platz in den internationalistischen Block zusammen mit der „Neuen antikapitalistischen Organisation“

Anquatschversuch des Verfassungsschutz: Mit Geheimdiensten redet man nicht, man zerschlägt sie.

In den letzten Wochen wurde Berlin von einer wahren Repressionswelle überrollt. Ob in Form von Angriffen auf Demonstrationen, wie bei einer Lärm-Demo am 29.März, wo Aktivist_innen aufgrund von fehlenden V.i.S.d.P.-Kennzeichnungen verhaftet wurden, der Antirepressionsdemonstration am 22. März, die mit dem „Straftatbestand“ Vermummung nach wenigen hundert Metern angegriffen wurde und Rechtfertigungsgrund für Polizeipräsenz in der Stadt den restlichen Tag über war.

Viele politische Aktivist_innen die dabei festgenommen wurden, sind zum Teil in Einzelverhören ausgequetscht worden. Im Zuge von festnahmen bei einer Zwangsräumung kam es zu Festnahmen und unqualifizierten Platzverboten durch den Staatsschutz für die Demonstrationen rund um die Walpurgisnacht und den 1.Mai. Etliche dieser Dinge waren selbst nach der bürgerlichen Gesetzgebung rechtswidrig, in vielen Fällen war es Willkür. Doch dahinter steckt ein ganzheitliches System der Repression, um politische Aktivist_innen insbesondere vor dem ersten Mai mundtot zu machen.

Auch unsere Organisation ist und war davon betroffen. So wurde am 3.April unser Genosse Georg Ismael von einem „Verfassungsschützer“ vor seiner Haustür angehalten und angequatscht.

Als der Genosse nach Hause kam, stand der Mann bereits vor seiner Tür und starrte in die umliegende Umgebung, als würde er sie auskundschaften. Als er den Genossen sah, sprach er ihn direkt an – mit vollen Namen. Georg fragte, wer seinen Namen wissen wolle. Woraufhin sich der Mann als Angestellter des Senats für Bildung und Forschung vorstellte. Dieser mache angeblich eine Umfrage zu Polizeigewalt und Militanz. Diese diene dazu, um die „Meinung an der Basis“ besser kennenzulernen. Ein typischer Versuch von Verfassungsschützern in Kontakt mit linken Aktivist_innen zu treten, um sie hinters Licht zu führen und als (unfreiwillige) Informanten anzuwerben.

Die Ausführungen des Mannes wurden von Georg mit der Gegenfrage, woher er Adresse und den Namen des Genossen kenne, gekontert. Der Mann antwortete, dass „man sich ja unter den Linken kenne“ und ob er nun Interesse an einer solchen Umfrage hätte. Daraufhin unterbrach Georg ihn erneut und forderte ihn auf sich auszuweisen. Auf dem Dienstausweis, den er sich zeigen zeigen ließ stand „Senat für Inneres & Sport – Abteilung 2 – Thomas K.“

Der mittelgroße, grau- und kurzhaarige Mann zwischen 40 und 50 Jahren, war nun offensichtlich nicht vom Senat für Bildung, sondern, wie er später das offensichtliche gestand: „Aus der Abteilung, die einige auch Verfassungsschutz nennen“. Nachdem Georg sich zum gehen abwandte,

versuchte der Verfassungsschützer einen letzten Anlauf und versprach eine gute Entlohnung für die Umfrage, denn „junge Menschen hätten ja wenig Geld“.

Die Reaktion war eine erneute eindeutige Ablehnung des Anquatschversuches. Nach dem Ereignis fertigte der Genosse unmittelbar ein Gedächtnisprotokoll an, kontaktierte seine GenossInnen, brachte das Problem auf die Berliner Ortsgruppe und wandte sich an die Bündnisse in denen er aktiv ist, als auch an die Rote Hilfe, um sie zu informieren. Denn die Ablehnung und das unmittelbare denunzieren von Versuchen von Geheimdiensten und Polizei linke Strukturen zu unterwandern, sind die einzig richtige Antwort, die Linke und Revolutionär_innen auf solche Vorfälle geben können.

Linke dürfen keine Illusionen in die „Ausnutzbarkeit“ des Staates haben, falsche Informationen gegen Geld oder für die eigene Sicherheit (um einen Deal bei anhängigen Verfahren etc. zu bekommen) zu geben. Der Repressionsorgane wie Militär, Polizei und Geheimdienste kann man nicht manipulieren oder ausnutzen – sie gehören zerschlagen!

Die Aktivist_innen von REVOLUTION und Arbeitermacht sind nicht anquatschbar. Jeder Versuch in diese Richtung wird von uns öffentlich gemacht. Eure Spione und Agenten von uns mit Personenbeschreibungen in der Linken bekanntgemacht.

Doch solche Anquatschversuche sind nicht nur uns wiederfahren. In den letzten Wochen waren mehrere Genoss_innen aus unterschiedlichen Linken Strukturen davon betroffen. Diese Repression reiht sich auch ein in die Ausweitung der Repression gegenüber der kämpfenden Jugend. So wurde der Refugee-Schul- und Unistreik am 13.Februar bereits während der Vorbereitung vom LKA beschattet. Vor und während der Demonstration wurden Jugendliche wegen Nichtigkeiten (z.B. Stahlkappen, in Berlin erlaubt) schikaniert. Die Demonstration selbst wurde von Spalier begleitet und insbesondere migrantische Jugendliche willkürlich von der Polizei festgenommen.

Gegen diese Angriffe muss die gesamte Linke geschlossen kämpfen. Das bedeutet die Veröffentlichung jedes Anquatschversuchs, das direkte Einschalten von Ermittlungsausschuss und Roter Hilfe, aber auch eine breitere Aktionseinheit im alltäglichen Kampf.

Allerdings ist die aktuelle Offensive des Staates auch ein Zeichen der Zersplitterung und Schwäche der radikalen Linken. Um das zu überwinden, muss auch die Zersplitterung der radikalen Linken selbst überwunden werden. Wir brauchen eine gemeinsame Diskussion über Strategie und Taktik für alltägliche Auseinandersetzungen, als auch über Strategie und Taktik. Wir selbst wollen dazu mit der Beteiligung an der Neuen antikapitalistischen Organisation [NAO] beitragen und laden alle herzlich dazu ein sich daran zu beteiligen!

Berlin: Erster Mai, Straße frei für die revolutionäre Jugend!

Der erste Mai, rückt immer näher und Presse, Politik und Polizei überstürzen sich in ihrer Gegenpropaganda. Aber wofür steht der erste Mai wirklich und warum ist er so wichtig?
Der erste Mai ist der Kampftag der Arbeiterbewegung. Ende des 19.Jahrhunderts wurde zuerst in Amerika, dann in vielen europäischen Ländern an diesem Tag zum Generalstreik aufgerufen, um sich den 8 Stunden Arbeitstag zu erkämpfen. Als jedoch der Reformismus in Form der Sozialdemokratie und einer bürokratischen Arbeiteraristokratie in der einst kampfbereiten Arbeiterklasse Einzug hielt, verschwand die Radikalität dieses Tages. In Berlin gibt es deshalb zwei Demonstrationen. Am Vormittag findet die Gewerkschaftsdemonstration statt, die viele auch als „Latsch-Demo“ verstehen. Am Abend gibt es den revolutionären Ersten Mai, der von der Presse als Krawalldemo bezeichnet wird.

Während die revolutionäre Maidemonstration in Berlin bedeutend größer und kämpferischer ist, hat sie bisher eine große Schwäche. Sie erreicht wenig der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter_innen. Das kann sich nur ändern, wenn die revolutionären Ziele mit klaren verständlichen Forderungen und einer gewerkschaftlichen Praxis begleitet werden. So können die Berliner Jugendlichen und Arbeiter_innen auch über diesen Tag hinaus motiviert werden, sich zu organisieren und aktiv zu werden – wenn nötig auch gegen die Gewerkschaftsbürokraten, die vormittags am ersten Mai Sonntagsreden schwingen.

Es gibt genug Gründe, um am ersten Mai auf die Straße zu gehen. Einer ist der Protest der Geflüchteten in Hamburg und Berlin, die auf die unmenschliche Situation in Heimen und Lagern aufmerksam machen. Der Protest ist ein Ausdruck gegen die rassistische Politik Deutschlands und der EU. Ein anderer sind Prekarisierung, steigende Mieten und hohe Arbeitslosigkeit, die insbesondere Jugendliche treffen. Demonstrationen, Streiks und Besetzungen wehren sich seit Beginn der Krise vor sechs Jahren europaweit gegen die Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung. In Spanien, Portugal, Italien und vor allem in Griechenland hat die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen perverse Ausmaße angenommen, ebenso die Selbstmordrate oder die Anzahl von Drogenabhängigen. Doch überall wo Menschen gegen Krise, Kapital und Krieg auf die Straße gehen, werden Gesetze verschärft und Repression setzt ein. Währenddessen spitzen sich Militarismus und Imperialismus zu. So reichen sich Vertreter der EU und ukrainische Oligarchen unter dem Beifall von Faschisten die Hände. Bisher gab es allerdings keine einzige Partei, die nicht nur Widerstand, sondern auch eine sozialistische Perspektive aus der Krise aufzeigen und durchsetzen konnte.

So versprechen die Europaparlamentswahlen einen Zuwachs für faschistische Parteien und Rechtspopulisten, während die reformistische Linkspartei, auf eine mögliche Regierungsbeteiligung mit der SPD hin, ihre Definition der EU als undemokratisch, militaristisch und neoliberal aus dem Programm streicht.

Gerade jetzt besteht also die dringende Notwendigkeit am Ersten Mai auf die Straße zu gehen. Wir stehen für eine Jugend- und Arbeiterbewegung im Zeichen eines klassenkämpferischen und emanzipatorischen

Internationalismus. Deshalb organisieren wir von REVOLUTION, als Teil der Neuen antikapitalistischen Organisation, den internationalistischen Block an der Spitze der revolutionären Maidemonstration mit, die ab 18 Uhr am Lausitzer Platz startet. Dort werden Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen aus verschiedenen Ländern, linke Schüler_Innen, Student_Innen und Aktivist_Innen unter dem Slogan „EU: undemokratisch, militaristisch, neoliberal! Für ein sozialistisches Europa, antikapitalistisch organisieren!“ demonstrieren.

Aufruf von REVOLUTION-Berlin zur revolutionären ersten Maidemonstration, 18 Uhr Lausitzer Platz

Wir werden allerdings auch wie in den Vorjahren auf der DGB-Demonstration ab 9.30 Uhr am Hackenschen Markt vertreten sein, um die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaft und einer linken Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie klar zu machen.